Antrag 2025/II/Wi/Steu/3

Jusos Hamburg

Keine Mehrbelastung für Mieter*innen durch Grundsteuerreform

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die sozialdemokratischen Mitglie-
2 der der Hamburgischen Bürgerschaft setzten sich dafür ein, dass die Finanzbehörde eine Prü-
3 fung darüber vornimmt, wie sich die Grundsteuerreform auf Mieter*innen auswirkt und wel-
4 che Regulierungen zum Schutz der Mieter*innen vor zusätzlicher Mehrbelastung durch die
5 Grundsteuerreform in Betracht kommen.

6 **Begründung**

7 Mit der Umsetzung der Grundsteuerreform verfolgt der Gesetzgeber das Ziel, die Besteuerung
8 von Grundbesitz auf eine verfassungsfeste und gerechtere Grundlage zu stellen. Gleichzeitig
9 steht jedoch zu befürchten, dass die Neuberechnung der Grundsteuer in vielen Fällen zu einer
10 erheblichen Mehrbelastung von Mieter*innen führen kann. Da die Grundsteuer in der Regel
11 über die Betriebskosten auf die Mieter*innen umgelegt wird, besteht die Gefahr, dass insbe-
12 sondere Haushalte mit niedrigem Einkommen unter den Folgen der Reform unverhältnismäßig
13 leiden. Besonders in Ballungsräumen ist mit einem Anstieg der Grundsteuerbeträge zu rech-
14 nen. Ohne geeignete Schutzmechanismen könnten diese Kosten direkt an die Mieter*innen
15 weitergegeben werden. Dies widerspricht dem sozialpolitischen Ziel, Wohnen bezahlbar zu
16 halten, und konterkariert Bemühungen um Mieterschutz und soziale Gerechtigkeit auf dem
17 Wohnungsmarkt. Daher ist es dringend erforderlich, dass die Finanzbehörde prüft, wie sich
18 die Reform konkret auf Mieter*innen auswirkt. Eine solche Untersuchung ist Grundlage dafür,
19 gezielte Regulierungsmaßnahmen zu entwickeln, mit denen eine zusätzliche finanzielle Be-
20 lastung der Mieter*innen vermieden oder zumindest abgefedert werden kann. Nur durch ei-
21 ne transparente Analyse und eine darauf aufbauende Regulierung kann sichergestellt werden,
22 dass die Grundsteuerreform nicht zu einer versteckten Mieterhöhung wird – mit weitreichen-
23 den sozialen Folgen für breite Teile der Bevölkerung.